

„Ohne Europa geht es nicht“

Lüner konnten ihre Ideen bei der Aktion in der Fußgängerzone einbringen

LÜNEN. Der Stadtverband der Europa-Union hat die Lüner gestern am alten Markt über Mitbestimmung in der Europäischen Union informiert und beraten. Blickfang war eine „begehbare Zeitung“ mit verschiedenen Thesen und Fragen zum Thema Europa.

„An der letzten Europawahl habe ich teilgenommen“ oder „Ich kenne meinen Europaabgeordneten“, so lauteten einige der Thesen, die auf dem Bodenplakat zu lesen waren und zu denen sich interessierte Lüner äußern konnten.

Mehr eigene Initiative

Die deutschlandweite Aktion soll Bürger für das Thema Europa sensibilisieren und zu mehr Eigeninitiative anregen. Die Stadtverbands-Vorsitzende Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle erklärt: „Viele Bürger haben sich beteiligt und ehrlich ihre Meinung geäußert. Wie man sieht, kennen viele Lüner den Europaabgeordneten nicht. Das müs-

sen wir ändern.“ Auch über die eigenen Rechte als EU-Bürger seien sich viele nicht im Klaren. „Die meisten denken, dass ihr Recht daraus bestehe, an der Europawahl teilzunehmen. Dass man als EU-Bürger allerdings noch ganz andere Rechte hat, wissen viele nicht.“

Die Initiative läuft bereits seit Ende März – „in NRW aktuell an elf Standorten“, so Wolfram Kuschke, Landesvorsitzender der Europa-Union NRW. Das große Interesse an der Aktion zeige, dass der Wille, am weiteren Aufbau Europas mitzuwirken, vorhanden sei. „Ohne Europa

geht es nicht. Deshalb sollten wir uns darauf konzentrieren, uns gegenseitig zu stärken, nicht zu schwächen“, so Schnarrenberger-Oesterle. Im nächsten Jahr stehen die nächsten Europawahlen an. Bis dahin werde weiter „in allen Bereichen gearbeitet“.

Abschluss in Berlin

Ziel der Aktion ist nicht nur zu informieren, sondern auch zuzuhören: Auf dem Plakat konnten Wünsche geäußert werden, mit welchen Themen sich das Europäische Parlament demnächst verstärkt beschäftigen sollte. Hier wurden vor allem Jugendarbeitslosigkeit, Bankenregulierung, Verbraucherschutz und der Wunsch nach einem europäischen Sozialstaat genannt.

Am 20. Juni gibt es die Abschlussveranstaltung der Initiative in Berlin. Die Ergebnisse aus den deutschlandweiten Aktionen sollen dann dem Europäischen Parlament vorgestellt werden. ds



Wolfram Kuschke (v.l.), Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle und Hans Wilhelm Stodollick am Aktionsstandort. RN-Foto Siebert